

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieinheit: Nachrichten Dresden.
Herausgeber: Sammelnummer: 25 241.
Für die Nachgeprägung: 20 Pf.

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Januar 1925 bei täglich unverminderter Ausgabe frei Haus 1,50 Goldmark.
Postausgabepreis für Monat Januar 3 Goldmark. Einzelnummer 10 Goldpfennig.
Die Ausgaben werden nach Goldmark berechnet; die unmittelbare 30 mm breite
Zeile 30 Pf., die ausserhalb 35 Pf., Familienanzeigen und Stellenanzeige ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf., Offerangebot 10 Pf., Zusatz. Auflage gegen Vorabausgabe.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachr.") gestattet. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Diepgen & Reichart in Dresden.
Postleitzahl - Rom 1068 Dresden.

Das Problem des Sicherheitspacts.

Die „Times“ fordert eine Friedensregelung an der West- und Ostgrenze Deutschlands.
Die Bolschátskerkonferenz verbietet die Lieferung deutscher Torpedobootskessel an Argentinien und verwarnt die deutsche Regierung.

Ein Schritt der deutschen Regierung zu erwarten?

(Durch Funkfuß)

London. 27. Jan. In der geirten Übereitung der alliierten Rote schreibt „Times“ in einem Leitartikel, jedem wünsche, daß der Zustand der Ungewissheit beendet werde. Der Bericht der Kontrollkommission, auf dem das Argument für die Verlängerung der Belegung Kölns beruhe, müsse mit peinlichster Sorgfalt ausgearbeitet werden. Im Interesse des Friedens von Europa müsse die öffentliche Meinung über diese äußerst wichtige Frage sehr eingehend unterrichtet werden. Der bemerkenswerte Vorschlag für einen

Sicherheitspakt zwischen Deutschland und Frankreich, der im Organ der Zentrumspartei, der „Germania“ erschien, sei nicht geeignet, die wachsende Besorgnis zu bekräftigen, daß Deutschland nicht abgesichert habe. Dem Vorschlag der „Germania“ werde daher in Frankreich sehr wenig Bedeutung beigemessen. Deutschland habe oft Andeutungen ergeben lassen, daß es bereit sei, einen allgemeinen Pakt für die Sicherheit der Westgrenze zu erwägen, aber nicht für die der Ostgrenze des Reiches. Auch der Plan der „Germania“ erwähne diese Grenze nicht, und es sei ziemlich sicher, daß keine französische Regierung Vorschläge erwägen werde, die nicht deutlich auch die Aufrechterhaltung der Friedensregelung mit Polen und anderen wiederhergestellten Oststaaten vorstellt.

Der Ernst, mit dem das deutsche Blatt darauf bestrebt, daß der Pakt zwischen Deutschland und Frankreich allein abgeschlossen werden müsse, ohne das Dazwischenkommen von Großbritannien und insbesondere ohne das Dazwischenkommen Frankreichs, sei wie „Times“ mit Benutzung annimmt, nicht dazu angezeigt, ihn in den Augen patriotischer Franzosen zu empfehlen. Es beständen wirklich keinerlei Gründe zur Erregung oder Hoffnung in dieser Frage. Da der Friede in Westeuropa in den nächsten Jahren nicht ernstlich bedroht sei, hobe man Zeit zur Prüfung von Maßnahmen zur Gewährleistung des Friedens.

Der französische Berichterstatter des „Daily Telegraph“, Perrinaz, meldet aus Paris, dort werde dem Vorschlag, einen Garantiepakt für die französische Sicherheit abzuschließen, an dem Deutschland teilnehmen wird, große Aufmerksamkeit geschenkt. Man sei der Ansicht, daß ein Schritt der deutschen Regierung in dieser Richtung bald erwartet werden könne.

Abänderung statt Verwerfung des Genfer Protokolls.

(Durch Funkfuß)

London. 27. Jan. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Abgesehen von der Frage der interalliierten Schulden werde der morgige Kabinettsrat möglicherweise auch gewisse Seiten des Sicherheitspakt-Protocols prüfen, die vom Reichsverteidigungsausschuß und einer Anzahl von Unterstaatsräten behandelt werden. Herrn und andere Staatsmänner seien äußerst bestrebt, das Genfer Protokoll vor dem vollen Scheiter zu retten. In London seien durch offizielle und politische Verbündungen Sondierungen vorgenommen worden, um festzustellen, welche Abänderungen des Protokolls in seiner jetzigen Gestalt für unerlässlich angesehen werden, wenn die Zustimmung des ganzen britischen Reiches erzielt werden soll. Nach Ansicht des Berichterstatters bleibt die Frage der östlichen Grenzen Europas die Hauptwirksatze. (W. T. B.)

Die Arbeiten des Sachverständigungsausschusses.

Paris. 26. Jan. Unter dem Vorsitz des zum Schiedsrichter bestimmten schwedischen Bankdirektors Marcus Wallenberg hat der Sonderausschuß für die Sachverständigungen in der Zeit vom 12. bis 25. Januar weitere Sitzungen abgehalten und dabei seine Arbeiten erheblich gefördert. Er hat sich nun mehr bis zum 12. Februar verlängert, um den verschiedenen, von eingesetzten Unterkommissionen Gelegenhheit zu geben, ihre Arbeiten fortzuführen. (W. T. B.)

Weltwirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit.

Untersuchungen eines Wölkerbundesausschusses.
Genf. 26. Jan. Heute trat im Wölkerbundesausschuss zum ersten Male das vom Wirtschaftsausschuß des Wölkerbundes eingesetzte Unterkomitee zum Studium der Weltwirtschaftskrisen zusammen, um gemeinsam mit dem Internationalen Arbeitsamt Ursachen und Merkmale der Wirtschaftskrisen in ihrem Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit zu untersuchen. Vorliegender des Untersuchungsausschusses in der Schweizer Heer. Unter den vom Arbeitsamt herangezogenen Sachverständigen nimmt auch der Präsident des Statistischen Reichsamtes, der Berliner Universitätsprofessor Dr. Wagmann, an den Arbeiten teil. Der Untersuchungsausschuss behandelt in seiner heutigen ersten Sitzung vor allem die Frage der Entwicklung und Verallgemeinerung der Anwendung von Anderzahlen. (W. T. B.)

Eine Verwarnung der deutschen Regierung.

Ein „Verfahren“ gegen die deutsche Regierung angedroht!

Wegen einer noch unabgeschlossenen Kriegsleistung Krupps.
London. 27. Januar. Die Konferenz der alliierten Botschafter in Paris soll, wie offiziell verlautet, die deutsche Regierung gewarnt haben, daß ein Verfahren gegen sie eingeleitet werden würde, wenn die Firma Krupp nicht sofort das Angebot zurückzöge, das sie der argentinischen Regierung zur Lieferung von Schiffen für die neuen Torpedoboots gemacht habe. Die Bolschátskerkonferenz lehne in dem Ausgetragt des Teiles des Versailler Friedensvertrags, der Deutschland verbietet, Kriegsmaterial ohne besondere Erlaubnis der Alliierten herzuholen. Ein hierher gelangter, aber noch nicht bestätigter Bericht besagt, daß die argentinische Regierung Krupps Offerte angenommen habe.

Noch ein Jahr Militärkontrolle!

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Berlin. 27. Januar. Das Pariser „Journal“ meldet: Den Aussätzen aus dem Bericht der Internationalen Militärkontroll-Kommission ist noch nachzutragen, daß die Kontroll-Kommission selbst eine Fortsetzung der ständigen Kontrolle um mindestens ein Jahr für notwendig hält. Auch der „Matin“ meldet, daß vor Jahresende nicht an die Aushebung der Kontrolle zu denken sei. Inwieweit hiervon die Räumungstermine abhängig zu machen wären, müsse der Botschafter entscheiden.

Der französische Vandesverteidigungsrat und die Räumungsfrage.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris. 27. Jan. Die „Neue Römer Zeitung“ telegraphiert aus Paris: Der oberste Vandesverteidigungsrat hat am Montag mittag in Versailles getagt. Daraus meldet aus seinen Beschlüssen, daß er sich mit dem gesamten Komplex der Räumungsfrage beschäftigt habe, auch mit der Ruhrräumung. Der Pariser „Tempo“ schreibt, auch die Ruhr würde nur geräumt, wenn Deutschland vorher alle Verpflichtungen des Londoner und der früheren Abkommen erfüllt habe.

Vor Abbruch der Pariser Wirtschaftsverhandlungen?

Berlin. 27. Januar. Zum Stand der Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich erfahren wir, daß Herr Trenckelburgs Vollmachten für eine Unterbrechung und Verlängerung der Verhandlungen bereits erteilt sind.

Der erste sozialpolitische Schritt.

Zwei- oder Dreischichten-System in den durchgehenden Betrieben war die große Streitfrage, um die sich der Kampf zwischen den Gewerkschaften und der Schwerindustrie in der drohen Krisenzzeit des Inflationsszenarios vor einem Jahre drehte. Sie wurde in der einzigen Erkenntnis der unbedingten wirtschaftlichen Notwendigkeit einer Produktionsverbilligung zugunsten des Dreischichten-Systems entschieden, das der Industrie eine Belebung und sehr wesentliche Steigerung ihrer Produktion ermöglichte. Und wenn jetzt das Kabinett Luther, noch ehe es vor den Reichstag trat, um sein Programm darzulegen, als erstes Ergebnis einer Kabinettssitzung den Beschluss gefaßt hat, vom 1. April ab für Hochöfenwerke, Verkessungs- und Rohstoffstillstandsbetriebe die Rückkehr zum Dreischichten-System anzuordnen, so ist das ein Schritt von weittragender Bedeutung. Ganz unerwartet ist der Beschluß nicht gekommen. Denn der der christlichen Gewerkschaftsbewegung entstammende Arbeitsminister Brauns hatte bereits in der Wahlzeit den Gewerkschaften das Versprechen gegeben, daß die betreffende Verordnung Mitte Januar ergebe würde, und nachdem es feststand, daß der Zentrumspolitiker wiederum dem Kabinett Luther angehören würde, mußte mit dieser Maßnahme gerechnet werden. Nebenbei dagegen war es, daß der deutsch-nationale Medien-Oberhaupt Weizsäcker bei der Besprechung der Regierungserklärung im Reichstage diesen Kabinettbeschluß nicht nur nicht in den Kreis seiner kritischen Bemerkungen einbezog, sondern ausdrücklich die Zustimmung der gesamten Fraktion einschließlich der der Industrie angehörenden Mitglieder zu diesem ersten sozialpolitischen Schritt und darüber hinaus zu dem ganzen erfreulich umfangreichen sozialpolitischen Programm der Regierung Luther einstimmte. Damit sind einmal zum Leidwesen der Sozialdemokratie alle die Gewerkschaften einer linken sozialpolitischen Reaction, die die Sozialisten so eifrig an die Wand gemalt hatten, in das Reich der Fabel verwiesen worden. Zum andern aber ist dieser erste Beschluß des Kabinetts Luther ein Beweis dafür, wie ernst es der neuen Regierung mit ihrer starken Betonung des sozialen Gedankens ist. Und wenn die Opposition nach der großen ergänzenden Rede des Reichskanzlers in der zweiten Medienrede so kleinlaut geworden, die Sozialdemokratie von ihrer „rücksichtslosen Opposition“ sogar zu dem Bekenntnis einer teilweise Willkür gekommen ist, so liegt der Grund hierfür in der überzeugenden Kraft der Lutherischen Erklärungen, durch die die reine Wille zu energetischer sachlicher Arbeit überall hervorleuchtet.

Ohne Zweifel trifft der Übergang zum Dreischichten-System die Industrie sehr schwer. Das geht schon mit aller Deutlichkeit aus dem umfangreichen Gutachten des Reichswirtschaftsrats hervor, dessen Auskunft den Beschluß mit 14 Stimmen der Arbeitnehmer gegen die 13 Stimmen der Arbeitgeber gefaßt hat. Von größter Bedeutung sind dabei aber die beiden Stimmenthaltungen des Professors Hende und des Sozialisten Cohen, die beide auf Grund der monatlichen Erhebungen der Untersuchungskommission des Reichswirtschaftsrats in den einzelnen Betrieben zu dem Ergebnis gekommen waren, daß für die nächste Zeit ein Übergang zum Dreischichten-System für die betreffenden Betriebe nicht drobar sei. Beide, sowohl Professor Hende als Generalsekretär der „Gesellschaft für soziale Reform“, wie besonders Cohen als Sozialist, stehen auch nicht im entferntesten in dem Genuß einer Reichsfreundlichkeit oder gar Arbeitseinfachheit. Ihr Antrag, das Dreischichten-System erst vom 1. Januar nächsten Jahres ab einzuführen, ist zwar abgelehnt worden. Da sie sich aber bei der Billigung der sofortigen Einführung der Stimme enthalten haben, geht aus der Abstimmung des sozialpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrats hervor, daß dessen Mehrheit nicht für, sondern gegen die Maßnahme ist. Und das muß natürlich an denken geben. Es muß dabei unbedingt mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß manche besonders schwache Betriebe infolge der neuen Belastung stillgelegt werden müssen; denn es wird jetzt notwendig, eine neue Schichtlohnsumme aufzubringen, ohne daß mehr geleistet wird, und ohne daß bei der Entlohnung der bisherigen beiden Schichten eine Erleichterung eintritt, da für diese der Schichtverdienst derselbe bleibt wie bisher. Und wenn hierdurch eine Verkürzung des Produkts kaum zu vermeiden sein wird, so ist die Wirkung um so weittragender, als es sich um Schließindustrien handelt deren Unfertig- und Preisbildung für die gesamte Wirtschaft grundlegend ist. Es ist heute noch kaum zu übersehen, ob sich in der Praxis wenigstens für die schwächeren Betriebe Erleichterungen und Ausnahmen schaffen lassen, um eine besonders für die Arbeiterschaft recht empfindliche Stilllegung einzelner Werke zu vermeiden. Theoretisch handhaben dazu sind allerdings vorhanden. So besagt der § 7 der Arbeitszeitverordnung, dem jetzt die Hochfösenanlagen und Kokereien unterstellt werden, daß eine Überschreitung des Achtfundertstages für Gewerbezweige oder Gruppen von Arbeitern, die unter besonderen Gefahren für Leben oder Gesundheit arbeiten, zulässig ist, „wenn die Überschreitung aus-

Gründen des Gemeinwohles dringend erforderlich ist, oder wenn sie sich in langjähriger Nutzung als unbedenklich erwiesen hat und eine halbe Stunde nicht übersteigt." Die Klaue der nur habilitativen Überarbeit ist dabei nach einem Bescheid des Reichsarbeitsministers nur an die Bedeutung der langjährigen Nutzung gefnupft, während die dringenden Gründe des Gemeinwohles auch eine Arbeit in zwei Sätzen in Ausnahmefällen möglich machen. Nach der neuen Verordnung kann wohl die oberste Landesbehörde den Termin des Antrittszeitens noch hinauszögern, wenn in einem Teil des Neumarktgebiets das Unternehmen am 1. April nicht ohne schwere Belästigung der Betriebe möglich ist, ob das aber in der Praxis durchzuführen sein wird, bezweifelt Professor Hesse, der Berichterstatter der Untersuchungskommission des Reichswirtschaftsrats, der in der "Sozialen Praxis" schreibt: "Es wäre z. B. nach einmütiger Meinung der überwiegenden Bevölkerung geradezu verhängnisvoll für die deutsche Sache, wenn Obersteilehen als solcher Reichsteil behandelt werden sollte. Und ob man der schwer dantebenliegenden bauartischen Hüttenindustrie wirtschaftliche Vorteile geben kann, die man den überwiegenden Werten verleiht, will mit aus vielen Gründen zweifelhaft erscheinen, so zwingend sich mit an sich auch die Richtigkeit des vorläufigen Vorbeschlusses der zuständigen Stelle für Bayern darstellt."

Die Hauptbedenken gegen die Reutegelung gehen aber in der Richtung, dass es sich hier um eine erste Durchdringung des ganzen Systems der Werkarbeiter handelt, wie es die schwere Krise der Stabilisierung für die auch heute noch nicht beendete Übergangszeit notwendig gemacht hat. Schon aus dem Umstande, dass es heute nur noch wenige reine Hochöfen- und Hüttenbetriebe gibt, dass vielmehr die Mehrzahl der Betriebe gemischte Anlagen verschiedener Industriezweige darstellen, werden sich bedenkliche Auswirkungen kaum vermieden lassen. Man braucht sich nur vorzusehen, dass in ein und demselben Werk Hochofenarbeiter nach acht Stunden nach Hause gehen, während andere Schwerarbeiter noch vier Stunden länger im Betrieb bleiben müssen, dass der mit Recht hierfür arbeitende Unterzagearbeiter dieselbe Arbeitszeit haben soll, wie ein Überzagearbeiter desselben Betriebes. Dann ergibt sich eine weitere Folge einer verschärfenden Zurechnung der Unzufriedenheit und Erregung in den Betrieben. Die Gewerkschaften aber werden trotz ihren Erklärungen bei den bisherigen Verhandlungen, dass sie die Führungswelt übernehmen, die teilweise Biedermeierung der Amtshandelschule nicht auf die gesamte Eisenindustrie übertragen zu lassen, nicht nur nichts unternehmen, um dieses Verfahren wahrzu-

machen, sondern sie betrachten heute schon das Ereignis als eine erste Durchbruchsstelle, von der aus sie die ganze Front austrollen wollen. Neue schwere Kämpfe um den sozialistischen Amtshandelszog, der uns sofort wieder auf den Amtshandelskurs von 1923 mit seiner ungünstigen Produktionsmenge und seiner Unmöglichkeit der Konkurrenz mit dem Auslande aufzuwerfen müsste, zeichnen sich damit für die deutsche Wirtschaft ab. Und merkwürdigweise erheben in diesem Kampfe die christlichen Gewerkschaftsgruppen der Schwerindustrie unter der Führung des Wirtschaftshüngers Imbusch fast noch radikalere Forderungen als die Sozialisten. Das geht erst am Sonntag eine große Kundgebung der christlichen Gewerkschaften von Essen und Umgang gegen den ersten Dinnwiss Prof. Hesse auf die Versprechungen der führenden Gewerkschaften angenommen, in der die Amtshandelschule bei den Hochöfen und Kokereien nur als eine Abschlagszahlung bezeichnet wird. Die chemische Industrie, die Walz-, die Thomas- und Hammerwerke müssten folgen.

Es hat keinen Zweck, sich die Gefahren zu verheimlichen, die sich aus dem ersten sozialpolitischen Schritt des Reichskabinetts ergeben. Trotzdem ist das Ziel des Reichskabinetts, die Übergangsmaschine nach Möglichkeit abzubauen, richtig; denn das der Amtshandelschule aus sozialen und ethischen Gründen, soweit es die Wirtschaft nur irgend zulässt, wünschenswert ist. — Zwei Drittel der deutschen Betriebe arbeiten ohnehin nicht länger als acht Stunden —, wird von niemand bestritten. Aber man wird sich unbedingt an den Programmpunkt Dr. Unters zu halten haben, dass die Lebens- und Produktionsfähigkeit der Wirtschaft das Maß für alle Sozialpolitik ist, und wird von der Reichsregierung erwartet müssen, dass sie diese Grenzen der Sozialpolitik mit derselben Energie verteidigt, mit der sie jetzt für die Interessen der Arbeiterschaft einztritt. Dabei wird es sich in erster Linie darum handeln müssen, dem gewerkschaftlichen Ausbreitungsbereich dadurch entgegenzutreten, dass man die Gewerkschaftsführer bei ihren Verhandlungen packt, und ihre Verantwortlichkeit ebenso festzuhalten, wie in der Arbeitgeberchaft den sozialen Gedanken zu fördern. Andererseits wird man aber auch nicht davon zurücktreten dürfen, aus dringenden Gründen des Gemeinwohls wieder Änderungen einzutreten zu lassen, falls sich die Wahrung als ein verhängnisvoller Fehlschlag erweisen sollte. Nur kleine Umstöße, Unzufriedenheit und Unzufriedenheit werden einen Ausweg aus den riesigen Befestigungen finden, die der Raum im die Arbeitszeit bei uns hervorgerufen hat. Und ob die Regierung vorher diese Eigenheiten haben wird, können letztendlich nur die kommenden Tatsachen zeigen.

Die Rechtsfrage der Aufwertung.

Der Reichsjustizminister im Aufwertungsausschuss.

(Erstmeldung unter Berücksichtigung der Erklärung)

Berlin, 27. Jan. Am Aufwertungsausschuss des Reichskabinetts gab der neue Reichsjustizminister Freiherr folgende programmatische Erklärung ab:

"Abgabt nach Bekündigung der dritten Steuernotverordnung nunmehr das Reichsgericht ihre Rechtsauffassung einnehmend geprägt und ausdrücklich feststellt. Gleichwohl wurde die Verordnung auch noch in neuerer Zeit vielfach als unausklar bezeichnet, und mehrfach sind die Berichte über die Entscheidung des Reichsgerichts missverstanden. Durch öffentliche Kundmachungen anzugeben, zum Teile dem Reichsgericht angehöriger Persönlichkeiten, die für die Unzulässigkeit der dritten Steuernotverordnung einzutreten, wurden in wenigen Volksschriften Auseinandersetzung der Rechtsauffassung vorausgeschritten. Ferner haben im neueren Zeit das Reichsgericht und das preußische Kammergericht sich auf den Standpunkt gestellt, dass die Errichtung des § 84 der dritten Steuernotverordnung für einzelne von der Reichsregierung erlassene Durchführungsdekrettales, die in un trennbarem Zusammenhang mit der Haupverordnung stehen, keine ausreichende Rechtsgrundlage bilden. Hiermit war

auf dem gesamten Gebiet der Aufwertung eine nahezu

völlige Rechtsunsicherheit eingetreten.

Die schwere wirtschaftliche Gefahren herausgestellt. Die in der dritten Steuernotverordnung gegebene schwere Grundlage für die Beurteilung des Umfangs der eigenen Verbindlichkeit geprägt ins Banken. Die Angehörigen aller Wirtschaftskreise, insbesondere der Landwirtschaft und der Industrie, mussten nunmehr damit rechnen, dass die Höhe ihrer Schuldenlast und damit die Möglichkeit weiterer Krediterlangung erst im gerichtlichen Verfahren hätte festgestellt werden müssen. Die Erlangung des für die deutsche Wirtschaft unentbehrlichen Kredites und insbesondere die Ausübungbarkeit ausländischer Kreditinstitute, die sich noch Abchluss der Auslandsschulden des Reiches eröffnet hatte, wurde in Frage gestellt. Es stand zu befürchten, dass die Kredite und damit die Schwächung der Produktionsfähigkeit der deutschen Wirtschaft in Stadt und Land auf lange Zeit anhalten würde. Diese hätte die Positivität unserer Zahlungsbilanz und so das Angebot von Reichsmark auf dem internationalen Geldmarkt schlechter und damit eine schwere Gefährdung der gewonnenen Währungssicherheit herbeigeführt.

Es kam weiter in Betracht, dass die ungehemmte Ausnutzung der Wirtschaftskraft zu privatwirtschaftlichen Zwecken die Leistungsfähigkeit für öffentliche Zwecke und namentlich das Aufkommen der Haushalte er mindern müsste, die in den Haushaltungen der Länder und Gemeinden eine der wesentlichen Einnahmeanträgen bildet. Starke Ausfälle der Haushaltsschulden, die durch andere Einnahmen nicht gedeckt werden können, rücken aber die Gefahr in unmittelbare Nähe, dass das Reichsamt der öffentlichen Haushalte zerstört und dadurch die Wahrung auch von der Haushaltsschulden zerstört wird. Unter diesen Umständen entschloss sich die Reichsregierung, dem Reichspräsidenten zu empfehlen, durch eine auf Grund Artikel 48 der Verfassung zu erlassende Verordnung die § 84 Steuernotverordnung und die Durchführungsbestimmungen auf eine neue zweiselseitige Rechtsgrundlage zu stellen, mit dem Ziel, wenigstens einen einstweiligen Rechtsstand zu sichern.

Die in der Zeitschrift hiergegen erhobenen Rechtsbedenken teilt die Reichsregierung nicht.

Das Reichsgericht hat festgestellt, dass unter der "öffentlichen Sicherheit" als Sicherheit des Publikums vor Gefahren und Beunruhigungen jeder Art, also auch vor solchen zu verstehen ist, die auf wirtschaftliche Notstände zurückzuführen sind. Das Reichsgericht hat weiter ausgeschlossen, dass auch wirtschaftliche Maßnahmen, wenn sie zur Erhaltung oder Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit geboten sind, abgeordnet werden dürfen. Diese richterliche Aussaffung, auf das Anwendungsbereich des Artikels 48 der Reichsverfassung übertragen, führt zu dem Schluss, dass es gerechtfertigt war, die aus der Erhöhung der Rechtsgrundlagen der § 84 Steuernotverordnung hervorgegangenen schweren Gefahren für die Leistungsfähigkeit durch eine Notverordnung abzuwenden. Im übrigen ist die Verordnung vom 4. Februar 1924 nur zu einer weisungsliegen Regelung der Aufwertung bestimmt.

Die Reichsregierung sieht nach vor auf dem Standpunkt, dass die endgültige Lösung des Aufwertungsproblems nur im Wege der ordentlichen Gesetzgebung gefunden werden kann.

Eine Regierungsvorlage zur Ergänzung der § 84 Steuernotverordnung ist in Vorbereitung. Die Vorarbeiten sind soweit vorgeschritten, dass die Reichsregierung die Einbringung bei den gesetzgebenden Körperschaften für nahe Zeit in Aussicht steht. Für mögliche Beschleunigung ist Sorge getragen.

(Bei Schluß des Blattes dauerte die Sitzung noch fort.)

Die Stellung der Wirtschaftspartei.

Das Gesamtklareisse über den Parteiengatismus!

Berlin, 27. Januar. Ausführenden Kreisen der Wirtschaftspartei wird erklärt, dass die sich in letzter Zeit mehrenden Gerüchte von einem angeblichen Umfall der Wirtschaftspartei in jeder tatsächlichen Grundlage entbehren. Es wird wiederholt festgestellt, dass die Wirtschaftspartei sich aus grundsätzlichen Verhältnissen heraus der Teilnahme an einer Regierung, in der die Sozialdemokratie wie bisher führend vertreten ist, verschlossen habe. Es sind auch seinerlei Verhandlungen geöffnet worden, die auf einen zu erwartenden Anschluss an ein Kabinett oder die Koalition von Weimar schließen lassen könnten. Die Wirtschaftspartei werde nur ein Kabinett unterstützen, das ihr die Lebensbedingungen des deutschen Mittelstandes, das heißt, eine andere Verteilung der Lohns, die Freiheit der Arbeit, die unbedingte Sicherung des Arbeitsvertrages und die Neuordnung des Staates im Sinne der christlichen Weltanschauung zu garantieren geeignet ist. Sie vertrete programmatisch den Standpunkt, dass die erfreute Wohlheit unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse und eine Volksreneruerung nur dann möglich ist, wenn Deutschland das Interesse des Volkes ganz über das des Parteiengatismus unseres Parlamentarismus stellen wird.

Kampfanlage des führenden preußischen Zentrumsorgans.

Münz, 27. Jan. Die "Rönlische Volkszeitung" polemisiert scharf gegen die Deutsche Volkspartei und erklärt, einen Bürgerblock werde das Zentrum in Preußen niemals mitmachen, auch nicht mit sogenannten Verbindungspartnern. Wir erkennen die Taktik. Man will das Zentrum in Preußen in eine Rechtskoalition zwingen, um es unbedingt zu machen. Wegen dieser Versuche rufen wir unsere Wählerstimme zum Kampf auf, und dieser Ruf wird nicht verbohren. Einem realistischen Preußen sagen wir scharfen Kampf an, und wie haben heute ganz andere Mittel als früher zur Verfügung, um diesen Kampf erfolgreich zu führen.

Kundgebungen gegen links und rechts.

Berlin, 27. Jan. Der Verband nationalsozialistischer Arbeiters führt verdeckt heute abend eine zweite große Kundgebung gegen die Barmat-Skandale, nachdem die erste Kundgebung am 15. Januar wegen Unverfügbarkeit politisch abgesetzt werden musste. — Die Sozialdemokraten veranstalten heute im Sportpalast eine Kundgebung gegen den Reichsführer, wobei der bisherige Ministerpräsident Otto Braun, Brecht, Müller-Franken, Löbe, Scheidemann u. sprechen sollen.

Die hessischen Demokraten gegen den Anschluss nach rechts.

Darmstadt, 27. Jan. In der heutigen Sitzung der demokratischen Landtagssitzung, die in Gemeinschaft mit dem Landesauschuss stattfand, wurde einstimmig beschlossen, sich an der vom Zentrum vorausgesagten erweiterten Koalition nicht zu beteiligen, da man die seitliche kleine Koalition den Verhältnissen entsprechend für das Gegebene hält.

Eine vorläufige Antwort Deutschlands auf die Räumungsnotle.

Berlin, 27. Januar. Wie man erfährt, hat sich in den gestrigen Abendstunden das Reichskabinett mit der neuen Räumungsnotle der Alliierten vorläufig nur informatorisch besetzt. Eine endgültige Stellungnahme und eine Engegnung werden erst dann möglich sein, wenn die angekündigte dritte Note der Alliierten hier eingeht, was nach einer "Times"-Meldung schon in wenigen Tagen der Fall sein wird. Nach der "Times" von gestern ist der Meinungsaustausch zwischen den Alliierten über die dritte Note an Deutschland bereits abgeschlossen. Es ist in Aussicht genommen, eine vorläufige Antwort an die Alliierten zu geben.

Mit den Berichten über angeblich polnische Mobilisierungsmaßnahmen an der deutschen Grenze hat sich das Reichskabinett gestern nicht beschäftigt.

Bosheit oder Unkenntnis?

Von einem alten Staatsoffizier.
Die Franzosen sind von sehr Weitblick in der Vergangenheit Deutschlands gewesen und kehren schon vor dem Weltkrieg nicht davor zurück, unter Aufschau in der Welt auch durch völlig entsetzte Berichte herabzusehen. Nach dem Verlust der Friedensverträge gar können sie ihrer Gewaltigkeit die Augen schließen lassen; ihre Bosheit kennt keine Grenzen mehr. Da geradezu soldatischer Weise geben sie gegen alles vor, was deutsch heißt.

Den Vogel in dieser Hinsicht sieht der französische Admiral Degouy ab, der in einem Aufsatz des "Gaulois" der Entente die schwersten Vorwürfe macht, das mit dem September vorigen Jahres die Überwachung der deutschen Reichsmarine aufgehört habe. Die Folge dieser unerklärlichen Nachgiebigkeit sei, dass die wieder auftauchende deutsche Marine mit jedem Tage vollkommen und stärker werde. So sei schon so weit gekommen, dass sie in Schweden, Norwegen, Spanien und anderen Ländern "Invasionelle Demonstrationen" wagen könne. Der mächtige englische Marine könne ein solcher Aufschwung gleichzeitig feiern, Frankreich aber dürfe diesen heimlichen Aufbau der deutschen Flotte nicht.

Wie sieht es nun in Wirklichkeit mit diesen Behauptungen aus, die im Auslande natürlich den Eindruck machen müssen, als ob das arme Frankreich durch unsere Marine schwer bedroht wäre? Tatsache ist, dass die interalliierte Überwachungskommission für die Marine mit dem 30. September vorigen Jahres aufgelöst worden ist, und zwar auf ihre eigene Meldung hin, dass sie ihre Aufgabe erfüllt habe und die deutsche Marine in ihrer Stärke und Ausmassen den Bestimmungen des Friedensvertrags entspreche. Mit anderen Worten: Deutschland hat seine Marine vollständig abgerichtet!

Sieben Einheitsflüsse der Jahrestypen 1902/06 sowie sechs Kreuzer noch älteren Typs, 18 alte Zerstörer und 32 Torpedoboote aus den Jahren 1908/09, 21 Minenfischboote und 8 sonstige Schiffe und Fahrzeuge machen die ganze deutsche Marine aus! Jede Granate, jedes Torpedo und jede Waffe für Maschinengewehre ist genau vorgeschrieben, die Zahl der Mannschaften reicht nicht aus, um einen Schiff zu bewaffnen zu benötigen. Ein Kind muss erscheinen, dass diese Flottenmacht Frankreich nun und nimmer überflügeln werden kann.

Was die sensationellen Demonstrationen im Auslande angeht, so haben drei Einheitsflüsse im vorigen Jahre Spanien beobachtet, der Schlachtschiff "Berlin" liegt zur Zeit in Westindien, und das Vermessungsschiff "Meteor" ist in diesen Tagen ausgelaufen, um wissenschaftliche Arbeiten an den Kanarischen Inseln vorzunehmen. Diese Reise erfolgt lediglich zur Übung der Besatzungen, die doch nicht ständig nur in den heimischen Gewässern ausgebildet werden können; sie erfolgen im Interesse des deutschen Handels, ohne dessen weitere Entwicklung Deutschland doch nun und nimmer mehr seinen Reparationsverpflichtungen nachkommen kann.

Die erfolgten endlich zu wissenschaftlichen Zwecken auf meteorologischem und physikalischen Gebiete, die allen seefahrenden Nationen angenehm kommen sollen. Sie sehen: wirklich in keiner dieser Reisen irgendeine Demonstration, die nach Sensation dienen könnte! Tatsache ist allerdings, dass unsere Matrosen wegen ihres gefestigten Benehmens überall nicht nur von den Auslandsdeutschen, sondern auch von der heimischen Bevölkerung. Das aber verschweigt auch ferner, dass die deutschen Schiffe mit wenigen Ausnahmen älter sind, als ihre Lebensdauer im Verhältnis zum Vertrag vorgeschrieben ist.

Wenn der französische Admiral somit in seinem Aufsatz wichtige Punkte verschweigt, so ist er entweder über die deutsche Reichsmarine nicht hinreichend unterrichtet, oder er handelt wider besseres Wissen zu geben. Beides ist für deutsche Offiziere gleich unverständlich. Außerdem deutet uns, doch der Admiral gerade in der jetzigen Zeit, wo so viel über den Vertrag der Militärauflösungskommission gesprochen wird, seinem Volke nicht einmal einen Dienst erweisen hat.

Barmal und der Sächsische Giroverband.

Wichtige Enthüllungen zum Barmal-Skandal macht ein vertraulicher Rundschreiben des Giroverbandes sächsischer Gemeinden, das der kommunistischen Presse auf den Tisch gelegt worden ist. Es heißt darin:

Auf vielfache Rückfragen über die Betätigung der Deutschen Girozentrale an den von der Reichspolizei verwaltung dem Barmal-Konzern gewährten Krediten teilten wir mit, dass die Deutsche Girozentrale gegebenenfalls die Barmal-Krediten lediglich als Treuhänder der Post Kredite an Barmal gegeben hat, ohne eigenes Risiko dabei zu übernehmen, aufrechter und richtig ist. Die Reichspolizei hat ausdrücklich für etwaige Verluste an dem Barmal-Kredit der Deutschen Girozentrale gegenüber die volle Garantie übernommen. Aus eigenen Mitteln hat die Deutsche Girozentrale dem Barmal-Konzern nicht einen Pfennig Kredit gegeben. Streng vertraulich teilten wir weiter mit, dass sich die Deutsche Girozentrale an der Rolle der Truhänderin der Post herabsetzen musste, weil es ihr auf anderem Wege nicht möglich war (!), Kredite für Gemeindezwecke, die ihr in Höhe eines vielfachen des Barmal-Kredits von der Post angelegt waren, zu bekommen. Der Reichspolizeiminister (Hösel) hat die Deutsche Girozentrale wegen ihrer Bedenken gegen eine Kreditgewährung an Barmal damit beruhigt, dass er die Erfahrung habe, die Finanzierung des Barmal-Konzerns habe die Billigung des Reichskabinetts. Unterzeichnet ist das Schreiben vom Giroverband sächsischer Gemeinden. Dr. Eberle.

Anträge im preußischen Untersuchungsausschuss.

Berlin, 27. Januar. Im preußischen Untersuchungsausschuss zur Nachprüfung der Seehandlungskredite haben die Deutschnationalen eine Reihe von Beweisanträgen gestellt. Sie verlangen Auskunft darüber, ob die finanzielle Haltung und Nähe der Generaldirektion der Preußischen Seehandlung von den Kreditinstituten mit antisemitischer bzw. der Zionismus im einzelnen Vollzunahme gegeben und die Genehmigung dazu erhalten haben. Ferner wird beantragt, die notwendige Auskunft durch die direkte Beteiligung Iwan Kutschers vorzunehmen. Auch die Beteiligung des früheren Präsidenten v. Dombois wird beantragt.

Spekulationen und Schiebungen des "Avanti".

Rom, 26. Jan. "Popolo d'Italia" beschuldigt den "Avanti", dass er auf Zeit der Marschverwaltung im Jahre 1921 große Spekulationen in deutscher Wirtschaft gemacht habe, dabei mit 600.000 lire hereingefallen sei und hierdurch das Proletariat geschädigt habe. Keiner habe der "Avanti" ausgeben, die für militärische Unterleidende gesammelt worden wären, sich 250.000 lire vorstreden lassen und nie wieder zurückgezahlt. Endlich habe "Avanti" von einem Komitee für den Neubau eines großen Volksbaus 100.000 lire entnommen. (S. T. B.)

Mein diesjähriger Inventur-Ausverkauf

beginnt erst Montag den 2. Februar

Wallstraße 6

Gründungsjahr 1890

R. Hecht

Leinenhaus

Dörlisches und Sächsisches.

Zur Königswarthaer Pfarrwahl.

Aus Königswarthaer Pfarrwahl erklärt der Vorstand des Pfarrervereins für Sachsen als Vertretung des Pfarrvertrages folgendes:

1. Wir stehen in dieser Angelegenheit voll und ganz auf dem Standpunkt des Ev.-luth. Landeskonsistoriums und billigen dessen Verhalten.

2. Wir halten es um der Ordnung in der Landeskirche, wie um des geistlichen Standes willen für dringend notwendig, daß die für die Belebung geistlicher Siedeln geltenden Bestimmungen genau befolgt werden, und daß etwaiger Willkür einer einzelnen Gemeinde oder eines kleineren oder größeren Teiles derselben von der Kirchenbehörde mit Unterschiedlichkeit entgegengesetzt werde.

Ein neuer Konflikt in der Landeskirche.

Die Kirchgemeinde in Schorlau I. Ergeb. ist in einen Konflikt mit dem Ev.-luth. Landeskonsistorium geraten, wegen der nach Meinung der Gemeinde unbegründeten pflichtlichen Überweisung des Pfarrvikars Paul und seiner Nachbestätigung zum Pfarrer des Ortes. Da das Konsistorium durchaus einen anderen Geistlichen ernennen will, so ist die Gemeinde zum äußersten Widerstande entschlossen.

Wo liegen die Wahlzahlen?

Von dem Wahlamt Plauen in Vogtland wurde anlässlich der letzten Reichstagswahl eine Zusammenstellung über die Zahl derjenigen Wahlberechtigten, die von ihrem Wahlrecht aus irgendwelchen Gründen keinen Gebrauch gemacht durchgeführt. Dabei zeigte sich, wie der "Vogt. Ans." in einer außerordentlich interessanten Zusammenstellung nachweist, daß in den Wählerlisten 72.050 Wahlberechtigte eingetragen waren, noch 407 Wähler von auswärts mit Stimmberechtigung kamen. Damit waren 72.547 Wahlberechtigte vorhanden. Davon entfielen 81.570 oder 48,52 v. H. auf das männliche und 40.077 (56,48 v. H.) auf das weibliche Geschlecht. Gewählt haben 61.028 Personen, gleich 84,16 v. H. Bei einem Vergleich zeigt sich nun, daß von den Männern 87,10 v. H. gleich 27.408 und von den Frauen 83.500 oder nur 81,90 v. H. der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ihrem Wahlrecht genügt haben.

Nach Wurfschätzungen kann nun, geplaudert verteilt sich die 11.480 Rechtswähler folgendermaßen: Selbständige Kaufleute und Fabrikanten 106, Gewerbetreibende 278, Händler 142, freie Berufe 176, Geschäftsführer 84, Beamte, Lehrer und Angestellte 1157, Arbeiter 422, Verursolde 204, Ehefrauen und Witwen 437, weibliches Dienstpersonal 726.

* Dibelius Generalsuperintendent der Kurmark. Der Evangelische Pressedirektor meldet, daß an Stelle des im Amt verstorbenen Dr. Kreisfeld das Mitglied des Preußischen Evangelischen Oberkirchenrats, Oberkonsistorialrat Vic. Dr. Dibelius-Berlin, ein Sohn des lebten lutherischen Oberhofpredigers, zum Generalsuperintendenten der Kurmark ernannt worden ist.

* In den Stubenstand. Pfarrer Rudolf Wagner, zweiter Geistlicher der evang.-luth. Diakonissenanstalt, seit 1908 Ritter des Albrechtsordens 1. Klasse, der bei 1911 an den Nebenländer Tochteranstalten der Diakonissenanstalt tätig ist und sich namentlich als Seelsorger des Kürschnerberufes erworben hat, tritt zu Stern in den Stubenstand. Pfarrer Wagner steht im 75. Lebensjahr.

* Zur Feststellung der Milchpreise. Auf Grund verschiedener irreführender Preisstickerungen abt der Milchwirtschaftliche Landesverband Sachsen bekannt, daß die Milchpreise nicht von ihm festgesetzt, sondern schon seit langer Zeit von den Anteilstenten bestimmt seien frei verhandelt werden.

* Beamtenbefolzung. Das Ministerium des Innern, das Finanzministerium und das Ministerium für Volksbildung ordnen an, daß die den Beamten, Lehrern und Bediensteten und sonstigen Bediensteten am 31. Januar zahlbaren Dienstbezüge, soweit die erforderlichen Mittel vorhanden sind, und ohne Gewähr für die Einhaltung des Zahlungstage, bereits am 30. Januar ausgezahlt werden können.

Zwingerlotterie. In einer kleinen Gemeinde bei Dresden, die nur hundert Einwohner hat, hat sich jeder Einwohner zur Pflicht gemacht, für die Angehörigen seiner Familie je ein Zwingerlos zu kaufen, und siehe da, der Bürgermeister hat tatsächlich alle hundert Lose in seiner Gemeinde untergebracht. Gewiß ein schönes Zeichen der Einigkeit und Selbstsacrifiz aller Gemeindemitglieder bei der Hilfe für einen großen Zweck. Wie schnell wäre unseres großen nationalen Denkmälern geholfen, wenn auch in den Großstädten der Wunsch des Heimatdurchsatzes fände: Kaufe jeder ein Zwingerlos! Helfe jeder mit, die gewaltigen Bauwerke der vergangenen Zeit, vor denen wir heute bewundernd stehen, zu erhalten! Am 2. und 3. Februar steht dieziehung der Zwingerlotterie bevor. Die Lotterie bietet große Gewinne (30.000 M., 20.000 M., 10.000 M., 7.500 M., 5.000 M. usw.). Kauf Zwingerlos!

Kunst und Wissenschaft.

* Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper. Opernhaus. Donnerstag, am 28. Januar (Donnerstag-Auskonferenzreihe A): "Der Bildschuß" in bekannter Besetzung. Anfang 7 Uhr.

Umberto Giordano trifft morgen in Dresden ein, um an den letzten Bühnenproben sowie an der Erstaufführung seiner Oper "André Chénier" teilzunehmen. Nähere Mitteilungen über Giordano und sein Werk enthalten die vor einigen Tagen erschienene neueste Opernhitze des "Ausblick". Blätter der Staatsoper.

Schauspielhaus. Das Musterium "Lucifer" von Eduard Stückl, dessen Uraufführung am Donnerstag, dem 28. Januar, außer Auktions stattfindet, ist in den Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Lucifer: Bruno Decarli; Tahitit: Marion Negler; Aenor: Lotte Clausius; Blasie: Erich Ponti; Gwenn: Luise Körle; Uchrid: Harry Hergsch; Palabrot: Alesio Poffo; Elsa: Hanni Doehring; A. G.: Kämodi; Willi Kleinschegg; Bellot: Rudolf Schröder; Naama: Carla Hader; Pilik: Stella David; Isreal: Lotte Gruner; Engel: Michael Paul Paulsen. Spielleitung: Georg Aclau; Musik: Arthur Eisig; Bühnenbild nach Entwürfen von Bruno Seener. Technische Einrichtung: Georg Brandt. Trachten: Leonhard Fanto. Anfang 7 Uhr.

* Dresdner Opernabonnement in Zürich. Die Dresdner Staatsoper ist eingeladen worden, in Rahmen des diesjährigen Internationalen Festspiels in Zürich "Intermezzo" von Richard Strauss aufzuführen. Es sind zurzeit Verhandlungen darüber in Gang, ob der Plan verwirklicht werden kann.

* Dr. Karl Wolf spricht demnächst auf Einladung des dänischen "Selbstabes" von 1910 (Gesellschaft von 1910), einer von den berühmtesten dänischen Publizisten Karl Valdemar gegründeten Vereinigung, die sich die Verteilung der zeitlichen Werke dänischen Kuns und Dänemark auf Aufgabe gemacht hat, im Rahmen und Tänzeramt Aufgaben des modernen Dramas im Deutschland. Bogen über "Das Verden des modernen Dramas im Deutschland".

* Zur Wiederholung des Tanz-Märchens von Mary Wigman am 8. Februar, 8 Uhr, im Neuländer Schauspielhaus hat der Kartenverkauf bei K. Nied, Schrager 21, und den anderen Kartenstellen begonnen. Mitwirkende sind: Mary Wigman und ihre Tanzgruppe (20 Tänzerinnen).

* "Zauber-Orchesterführung". Bei der von Paul Höpner veranstalteten "Zauber-Orchesterführung" in der Lufthalle am 31. Januar, 8 Uhr, wird der Domchor von Albrecht Wolf dort in Dresden noch die gesuchte kanonische Antie für fünf Sopranstimmen a-capella singen. Am gleichen Abend wird das Mozartverein erfolgreich aufgeführt Adagio für Englischhorn, zwei Waldhörner und Bassdrum wiederholt. Marie Thieme singt die Lieder "Alleluja" und "Baudate Domum" mit Begleitung von Streichinstrumenten und Orgel.

5. Sächsische Landwirtschaftliche Woche.

Der große handelspolitische Vortrag im Verzinskanze.

Unter dem Vorsitz des Geh. Oekonomierat Steiger tagte am Dienstag morgen eine überaus starkbesuchte Versammlung der sächsischen Landwirte, in der als besonders herzig willkommene Ehrengäste Prinz Ernst Heinrich, Wirtschaftsminister Müller und Oberbürgermeister Blüher begrüßt wurden.

Regierungspräsident a. D. Ritscher (Berlin), das nachstehende Vorstandsmitglied des Deutschen Wirtschaftsrates, sprach über

"Die Reparationslasten der deutschen Landwirtschaft und ihre handelspolitische Lage".

Er schilderte die Wirkung des an das Dawes-Protokoll angeschlossene Londoner Abkommen auf die Belastung der Landwirtschaft durch die "Kriegskontribution". Der Redner ging aus von der Einschätzung der Leistungen der deutschen Wirtschaft von 1923 im Memorandum Euno, die die Grundlage zu unserer Erfahrungswelt wurde. Die Widerstände zum Studium der deutschen Wirtschaft, die damals den Entente-Souveränen vorgelegt wurden, seien im ganzen ein Meisterwerk deutscher Gründlichkeit gewesen, nur die Landwirtschaft sei darin schlecht weggekommen. Sie habe nachgewiesen, daß die Belastung der deutschen Landwirtschaft noch 30 Prozent höher sei, als die Schätzung angegeben habe.

Bei der Gründung der Rentenbank habe sie nicht, wie der Plan es vorsah, die Hälfte, sondern zwei Drittel der Garantien getragen. Sie sei entsprechend an den gewährten Krediten beteiligt gewesen. Der Redner schilderte im Zusammenhang damit die Entwicklung des Rentenmark-Kreditanstalt, der als landwirtschaftlichem Kreditinstitut Mittel aus der Rentenbank aufzuliegen. Die Rentenbank gründete Schulden von 800 Millionen Mark sei nichts anderes als die Reparationshypothek der Landwirtschaft. Zu dieser direkten Belastung komme die außerordentlich hohe indirekte Belastung. Die außergewöhnlich hohen Tarife der Eisenbahnen und die Verkehrsteuer würden in weitaus dem höchsten Maße von dem größten Verbraucher des deutschen Wirtschaftslebens, der Landwirtschaft, getragen. Branntwein, Buder, Bier und Tabak (der seit dem Krieg in sehr hohem Maße auch in Deutschland gebaut wurde) mit ihrer hohen Steuerbelastung erwachsen auf dem Boden der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft könne nur einen tun: die Buderproduktion zu steigern, die um des Exportes willen ihre Wirkungsproduktion wieder erreichen müsse, und die Branntweinproduktion ins Ausland zu senden; sie sei allerdings bei der Reichsmoneyverwaltung gerade in sehr schlechten Händen in Bezug auf den Export. Wenn das Ausland irgendeine deutsche Erzeugertätigkeit niederschlagen wolle, dann müsse sie nur ihre Monopolisierung in Deutschland anstreben. Darüber hinaus sei es möglich, daß richtiger Wirtschaft und richtiger Ausbildung der Landwirte, die Landwirtschaft so zu intensivieren, daß wenigstens die Produktion wie kurz vor dem Kriege wieder erreicht würde. Das sei nur möglich bei richtigem Schutz der Landwirtschaft.

* Der handelspolitische Lage der deutschen Landwirtschaft sei in erster Linie bedingt durch das fehlen der Agrar-Schulzelle. Es sei unabdingt zu fordern, daß die Agrar-Schulzelle die Grundlage zu den neuen Handelsverträgen bildeten. Es liegen heute vor: daß alte Zolltarifgesetze, die Vorlage zur Wiedereinführung der landwirtschaftlichen Schulzelle, eine Vorlage auf Erhöhung der meisten Industrietarife; daß bei das Rückzug unserer Unterhändler. An einfachen Tafeln zeigte der Redner, daß das ganze Ausland durch Schule gerade sich gegen die Einführung der Dinge geschützt habe, gegen die auch wir uns schützen müssen: Weizen, Weizenmehl, Roggen, Minder, Buder, Bier und landwirtschaftliche Maschinen. Eine Umstellung der deutschen Landwirtschaft um des bequemeren Ausgleichs mit der Einführung will sei unmöglich; so müsse unbedingt verhindert werden, daß französische, spanische und italienische Einfüsse den deutschen Weinbau zugrunde richte. Auf den Weinbau gebieten sei aber wegen ihrer Stellung etwas anderes nicht zu erwarten.

Erster Grundsatz der Zukunft müsse der Schutz der gesamten deutschen Landwirtschaft in allen ihren Teilen sein. Unseren Unterhändlern in den Handelsverträgen müsse dafür erforderliches Material zur Verfügung gestellt werden und hinter diesem müsse die Landwirtschaft in vollkommenem Gleichung stehen.

Dr. Georg Kehler (Halle) schloß etwa einstündige Ausführungen über

"Betriebsorganisation und Betriebsführungen unter den heutigen Produktionsverhältnissen"

an. Er führte aus, daß heute nicht so sehr die Frage im Vordergrunde steht, ob die Landwirtschaft intensiv oder

extensiv zu arbeiten habe, sondern daß alles darauf ankomme, rationell zu arbeiten, das heißt, mit dem geringsten Aufwand an Mitteln und Kraft den höchsten Ertrag zu erzielen. Die tausendjährige Einstellung auch des Landwirtes während der Inflation sei jetzt nicht mehr in dem Maße nötig, als seine technisch-praktische Leistung und seine Ausübung aller Kraft finanzieller, geistiger und persönlicher Art innerhalb einer sinngemäßen Organisation und Führung des Betriebes. Ein wirtschaftliche Behändigkeit könne uns wieder klarheit über die gegenwärtige Leistung und Lage bringen. Der Redner zeigte, daß die Steuerbelastung auch heute noch, und heute noch mehr als in den Gewinnen des Landwirts in der Tat übersteige, so daß Erfahrungen zur Tilgung von Mietzinsen und Abschöpfung von Krediten unmöglich seien. Der ganze Betriebsbau habe im letzten Wirtschaftsjahr mit einem Minus abgeschlossen. Die Landwirtschaft könne wohl in der Zukunft mit höheren Getreidepreisen rechnen, aber die Produktionskosten würden so viel höher werden, daß die Landwirtschaft keinen Gewinn davon haben würde. Die Steuern betrügen jetzt so viel wie vor dem Kriege der Neinertrag für den Hektar. — Eine rücksichtlose Intensivierung der Landwirtschaft führe heute nicht in Frage, dazu seien die Betriebe zu verschließen, ebenso die Bedeutung der Betriebsleiter. Den tüchtigen Führern stünden noch viele Mängel bei den einzelnen Landwirten entgegen. Die Organisation müsse mit der gründlichsten Arbeit durchgeführt werden.

Über

"Ackerbauliche Tagesfragen"

berichtete in überaus anschaulicher und oft drastisch-harter Weise Rittergutsbesitzer Schurig. Er sprach sich unter anderem für die weitere Belastung des Bodens mit Betriebsaufwand aus, wozu natürlich gründliche Belegung oder Belebung der jungen Saat gehöre. Er befürwortete, daß die Landwirtschaft von der Maschinenindustrie eine Normalisierung der landwirtschaftlichen Maschinen und ihrer Ergebnisse verlange. Das Fackeln des Getreidebaus bringe zugleich die bessere Annahme des Regenwassers durch den Boden, der wiederum der Pflanze zugute komme. Er redete der Einschränkung des Sommerfruchtbaus zugunsten des Hackfruchtbaus das Wort. Auch sei der Weizenbau selbst auf leichteren Böden dem Roggenbau vorzuziehen, wozu auch die Züchtung der neuen Weizenarten die Möglichkeit gebe. Der Redner berichtete unter anderem von seinem großen Haushalt (4500 Morgen); er lädt im Gegenzug zum Betriebe den Hans außerordentlich lädt. Hier wolle er eben Brot erzeugen, bei dem Betriebe dagegen Börner. Er erzählte auch von seinen Erfahrungen mit ausländischen Betriebsmühlern, worunter die Amerikaner in ihrem Gold erachteten, viel teurer als wir produzierten und als Konkurrenz eben wegen ihrer so hohen Preise kaum zu befürchten seien. — Auch für den von ihm sehr empfohlenen Rübengebäudbau gab der Redner viele wertvolle Anregungen und kennzeichnete seine gründliche Bodenbearbeitung auch im Gemüsebau (1500 Morgen Röhren). Neben der Belebungs-methode spielt die Saat- und Pflegemethode eine hervorragende Rolle; der Boden darf nie verküren. Nicht minder anregend waren die Ausführungen des Redners zum Karottensoppelbau.

(Bei Schluß der Redaktion dauernd die Sitzung noch an.)

* Das Winzerfest der Böhmen. Am 20. dd. Mts. trat der Hauptausschuß für das Winzerfest an seiner letzten Sitzung in der "Goldenen Weintraube" zusammen. Architekt Dr. Ing. Fischer erklärte, man könne mit dem gewaltigen äußeren Erfolge, den das Fest zweifellos gehabt habe, recht aufzufinden sein. Es sei nur zu bedauern, daß ein Überfluß, wie man erhofft hatte, leider nicht zu erzielen gewesen sei. Bei dem überwältigenden Andrang mußte der Kassenstecher zuletzt völlig eingeschlossen werden. Wenn der Kassenbericht trotz allem nahezu ohne Fehler betrachtet wird, so sei dies schon als erfreuliches Ergebnis zu bezeichnen. Medizinalrat Schnabel dankte Bürgermeister Horning, Dr. Fischer und allen Mitarbeiter und Helfern in anerkennenden Worten.

SEIBT

SEIBT - Detektor-Empfänger
SEIBT - Einröhren-Empfänger
SEIBT - Vierröhren-Empfänger
SEIBT - Telefon
SEIBT - Lautsprecher

Telefonbau
Bau-Erlaubnis
muß man vor Ankauf eines Gerätes anmelden.
Vorführung bereitwillig.

Radio-Zentrale Hermann Zschiesche

Johann-Georgs-Allee 10. Tel. 13287.

+ Mozartverein. Am dritten Mitglieder-Sinfoniekonzert am 2. Februar werden aufgeführt: G. Bach, Suite D-Dur (mit dem berühmten Air); L. v. Beethoven, Triosonat mit Oboen, Hermann Drews (Klarinetten), Gottfried Hofmann-Stiel (Violinen), Hans Schräder (Violoncello). Johannes Brahms: Sinfonie D-Dur. Zeitung: Erich Schneider. Solokarten für Nichtmitglieder bei Ales und an der Abendkasse.

* Die Gesangskünstlerin Maria Ros-Carloforti legt Wert auf die Gestaltung, daß sie, obwohl Italienerin, ihre Erziehung und Ausbildung doch hauptsächlich Deutschland zu verdanken habe. Sie studierte am Leipzig'schen Conservatorium.

* Spenden für die Baghrenhäuser Festspiele. Die Schule um Stipendien (Eintrittskarte, Reisevergütung) zum Besuch der diesjährigen Bayreuther Festspiele sind umgehend einzulenden, und zwar im Bezirk Dresden entweder an Frau Berseke, Dresden, Rüttenscheider Straße 14, oder an Frau Generalkonsul Chrambach, Viebtagstraße 7.

* Viehabend. Die Leipziger Sängerin Anna Maria ist eine wahre Schönheit, die abwechselnd zwischen dem leidlich gefüllten Künsterhaus einen Biederabend mit gewähltem Programm. Die heimliche, in Anzug und Tonführung recht gut geschulte Stimme ist von zarter und äußerlicher Art. Sie kam auch nach Niederzwingen begreiflichen Gefangenengang nicht recht auf vollen Entfaltung. Der äußeren Erscheinung der Künstlerin nach hatte sich die Erwartung auf bei weitem fülligere Mittel eingestellt. Nachdem sie sich auch seltsamer zu hörenden Schöpfungen befanden, wie die durch Feinheit der Melodie bewundernswerten Langbilder von Tschauder, die harmonisch fesselnden Dichtungen von Paul Graener, die handhaften und sinnestüchtigen Poeten von Wilhelm Minkens. Unter den Brahms-Liedern gestaltete besonders "Blindkuh", "Meine Liebe ist grün" und "Achse!" Da wagte sich die Sängerin auch etwas mehr aus und herauß, Recht günstige Eintrittskarten unterliegen am Schluß der beiden Arien von Voeldlein und Bellini, deren lobenswerte Ausführung Begabung für den Künstlerin sowie Erkenntnis für das Publikum beweist. Man bereitete der Künstlerin, die am Flügel von Fritz Uhlig mit liebevoller Aufmerksamkeit betreut wurde, eine freundliche Aufnahme.

* Die Sächsische Landesbibliothek hat mit einer Vortragsreihe über bibliographische Hilfsmittel begonnen. Bibliographien sind Büchersachverständige, die auf dem Ocean der ungeheuren Flut bedruckten Papieren als Kompass dienen können. Täglich erscheinen, wie der Direktor der Bibliothek in seinen Begrüßungsworten sagte, allein im Buchhandel Deutschlands hundert Bücher, täglich über mindestens fünfhundert deutsche Zeitschriftenartikel von einem Belang. Rechnet man dazu die Buch- und Zeitschriften-Erzeugung des Auslands, so kommt man zu Zahlen, die dem einzelnen Forscher es unmöglich machen, die Literatur zu behalten. Selbst das, was nach der Sichtung durch die Bibliotheken in diese aufgenommen wird, ist zu viel für den einzelnen; er steht oft genug ratlos vor den in der

* Die Aufenthaltszettel für Februar 1925 werden beim Postamt Dresden Kreis 10, den 20. d. M. von 12 bis 3 Uhr nachmittags ausgezahlt.

* Die Anreiseanfrage vor dem Richter. Das Chemnitzer Amtsgericht hatte sich dieser Tage mit einer Frage zu beschäftigen, die von großer Bedeutung für die immer mehr auf ausbreitende Radiorundfunk ist. Ein Mieter, der seit Jahren mit seinem Hauswirt in Streitigkeiten lag und daraus schlief, daß er von ihm die Erlaubnis zur Errichtung einer Dachantenne nicht erhalten würde, holt sich in der Woche, das er eine Antenne vom Kundenbalkon des dritten Stockwerks nach einem freien Grundstück wünscht, er habe die Einwilligung von dessen Eigentümer gesucht. Dabei hatte er auch zwei Wochen durch das Amtsgericht gesucht. Der Haussaumtümmer hatte nun Klage auf Befreiung der Kundensumma gestellt. Das Amtsgericht riet, wie es kommt, die Klage ab und vertrat die Ansicht, daß sich der Mieter mit seinen Maßnahmen in den Interessen seines Wirteschen gehalten habe; allerdings erklärte es, daß es den Mieter zur Errichtung einer Dachantenne nicht für befugt erachtet, so daß die immer breiter werdende Anzahl der Dachantennen auch in dem vorliegenden Urteil eine grundsätzliche Rücksicht noch nicht gefunden hat.

* Die Handelskammer Dresden hält morgen Mittwoch 11 Uhr öffentliche Versammlung ab. Lageordnung: 1. Handel und Industrie des Kammerbezirks im Jahre 1924; 2. Errichtung von höheren Abteilungen bei den Handelskammern in Dresden, Riesa und Zwickau.

* Der "Anglo-Saxon Club" beginnt am 21. Januar die Reihe jenes zweitägigen Festes in den Räumen des Belvedere. Die Mitglieder und deren Freunde, welche sehr zahlreich erschienen waren, verbrachten den Abend in angeregter Stimmung bei Tanz und lustigen Darbietungen. Besonders wurden die prächtigen nationalem Leistungen von Dr. Margarete Stodt, sowie die von Herrn Willi Reiter mit Geschick und Präzision gespielten Stücke auf dem Klavier dankbar angenommen. Herr Oberlehrer Hans A. Henrich, dem die Leitung des Festes oblag, wünschte seines Amtes mit Weihacht und Erfolg. Aus den Ausführungen des Vortragenden Zaphra war zu entnehmen, daß der Club während der letzten Jahre außerordentliche Entwicklung gemacht hat und heut mit 120 Mitgliedern zu den größten sprachlichen Vereinigungen dieser Art in Deutschland zählt. Die wissenschaftlichen Darbietungen im englischen Sprache umfassen Themen auf vielseitigen Gebieten. Literatur und Reisebeschreibungen von in erster Linie überseeseischen Ländern nehmen hierbei den ersten Rang ein. Die Tafelabend, bzw. als Vorträge seines der Mitglieder, von denen eine große Anzahl überreiche Kinder bereit standen, begeisterten wieder, erfuhr die Leitung mit gerechter Begeisterung. Eine gute Auskunft von 120 Runden englischer klassischer und moderner Werke fehlt den Mitgliedern unentbehrlich zur Verfügung. Ein warmer Tribut wurde den leidenden Mitgliedern für ihre aufopfernde und erfolgreiche Tätigkeiten gesetzt, und sind hierbei besonders die Namen von Dr. Elisabeth Schröder und Hans A. Henrich hervorzuheben. Die Verbindung macht es sich alljährlich zur Aufgabe, in der Weihnachtszeit eine größere Anzahl bedürftiger Personen zu bewirken und mit Gaben zu erfreuen. So vereinigten sie am 27. Dezember 1924 wiederum alte und neue Freude in den feierlich geschmückten Glühraum zu den altherühmlichen Reisen, die umrahmt von schönen musikalischen und anderen Darbietungen, allgemeine Begeisterung auslöste.

* Gaufestliches Radfeste. Soeben haben der Gaußfesttag beschlossen, am 4. Februar 1925, ab 7 Uhr, mit dem Talat-Vamo und dem Wahradaus in Altenburg im Konzerthaus weiterzuschreiten. Und daß noch nicht der Ball geplatzt — Es wird weiter gegangen Tag und Nacht.

* "Winterliche Bergabfahrt im Allgäu" lautet das Thema des Vortrags am nächsten Jugendfeuerwehrtag für die Mitglieder des Vereins Jugendwelt und die Schulelf der a. Betriebsschule sowie deren Angehörige am Donnerstag, den 29. Januar abends 19 Uhr, im Turn- und Saalraum der a. Betriebsschule, Telzum, Bunastrasse 12. Der vorliegende Wandertagsphotograph Walter Hahn wird unter Beteiligung von etwa 100 Fahrrädern über kleine Säbelfahrten in den Allgäuer Bergen berichten. Als Unfahrtseinheiten werden von Gruppenen 0,50 Pf. und von Jugendgruppen 0,20 Pf. erheben. Der Beitrag der Betriebsleitung steht den Jugendfeuerwehrveranstaltungen des Vereins Jugendwelt zu.

Schwurgericht.

Der Vorbericht an dem Dienstmädchen Ulrich bei Posta. Am heutigen Dienstag trat das Schwurgericht Dresden zur ersten diesjährigen Tagung zusammen, die zwar von fester Dauer ist, in der aber zwei bemerkenswerte Vorberichte zur Verhandlung kommen. Den Vorfall in dieser Tagung führt Landgerichtsdirektor Seeger. Die erste Anklage, vertreten durch Staatsanwalt Dr. Vanebein, richtet sich gegen die jungen Ausläufer Werner Adolf Trinkluth, geboren am 22. November 1905 zu Berlin, und Herbert Kohmann, geboren am 4. April 1903 zu Charlottenburg, die sich beide wegen Mordversuchs zu verantworten haben. Den beiden Angeklagten stehen als Verteidiger die Rechtsanwälte Giese und Justizrat Dr. Knoll zur Seite. Zur Auflösung des Sach-

Bibliothek aufgetretenen Fragen. Hier sollen neben den Ratologen der Bibliothek die Bibliographien als Ratgeber eintreten. Der erste Vortrag des Bibliothekars Dr. Hoffmann führt die wichtigsten Nachschlagewerke aus den verschiedenen Wissensgebieten vor, wie sie im Verleihraum der Landesbibliothek bereitstehen, und zeigt an einem durchgehenden Beispiel die Benutzung der einschlägigen historischen, sprachlichen, rechtswissenschaftlichen Hilfsmittel. Das Ziel war dabei zunächst den Umriss des ganzen großen Gebietes zu skizzieren. Die nächsten Vorträge werden den Teilnehmern die praktische Handhabung derjenigen wichtigen Bibliographien vorführen, die ihnen selbst die Aufstellung der für sie in Frage kommenden Literatur ermöglichen. — Der kurze Antritt war bezeichnend für das Bedürfnis der Rechtschafft. Bei dem zweiten Jubiläum blieb trotz der unvermeidlichen Trockenheit des Stoffes dank der lebendigen Darstellung die Aufmerksamkeit bis zum Schluß reg.

* Aus Leipziger Theatern. Erhard Siebel vom Deutschen Theater in Berlin ist vor der nächsten Spielzeit ab vom Direktor Dr. Kronacher dem Städtischen Schauspiel in Leipzig verpflichtet worden. — Die Operettensängerin Friederike Böck vom Leipziger Operettentheater ist von Direktor Eichwein dem Leipziger Schauspielhaus verpflichtet worden, wo sie im Rahmen des Sommerspielens eine bedeutende Rolle in einer für sie erworbene musikalische Neuerung spielen wird.

* Leipziger Konservatorium. Einem längeren Leidenserlaß der Lehrer am Leipziger Konservatorium Professor Paul Ludwig Dörffel. Der Verstorbenen, dessen Hauptarbeitsgebiete Klavier und Musiktheorie waren, ansonsten den Ruf eines namentlich in völkerhafter Hinsicht erstaunlichen künstlerischen Erziehers.

* Sachsischer Künstlerhilfsbund. Als Antwort auf vielseitige Aufgaben wegen Heranziehung der Künstlerschaft zur Umfassung ist folgendes zu sagen: In seinem dritten, sogenannten "Umfassenden Materialien" (vom 1. September 1924, III U. 8000) unter I. Teil IV 3 hat der Reichsfinanzminister angeordnet: "Alle Berufe, Schriftsteller und Künstler, die nur in geringem Umfang Einnahmen erzielen, sollen nach dem Erlass vom 7. April 1924 — III U. 4 1924 — schonend behandelt werden. Das Vorliegen nur geringer Einnahmen wird bis zu einem Monat um 10% ab 1924 angenommen werden können." — Danach sollen also die Finanzämter Schriftsteller und Künstler zur Umfassung nur dann berücksichtigen, wenn zu vermuten ist, daß sie mehr als 100,- G.-M. Einnahmen im Monat haben. Ein Mecht., in diesem Falle von der Heranziehung zur Umfassung freigeslassen zu werden, besteht aber nicht. Immerhin

verhältnis sind eine ganze Anzahl Beugen aus Dresden, Pirna, Posta, Berlin, Charlottenburg und aus Ostpreußen vorgetragen.

Die Angeklagten waren mit der Hausangestellten Johanna Ulrich bekannt geworden, die sich bei einem Kaufmann Schmidt in Charlottenburg in Stellung befand, und die sie überredet hatten, den Dienstbetrieb zu beenden. Am 17. April 1924 entwendeten sie gemeinschaftlich eine Anzahl Perlen, teppiche und dergleichen Brüder, packten sie in Koffer der Dienstherrenschaft und brachten die Beute in die Bedeutung der Eltern, um sie dort aufzubewahren und dann von da aus zu verwerten. Bei der Ulrich machte sich dann neue bemerkbar, dies war für Drinfath und Kohmann peinlich. Sie kamen auf den Gedanken, die Ulrich möglichst weit vom Tatort weg zu bringen und ihnen schließlich mit ihr nach Dresden. In einem Hotel wurde übernachtet und dabei falsche Namen angegeben. So nannten sie sich Weber und Brandt, und besprachen miteinander eingehend, auf welche Weise das Mädchen aus dem Wege geräumt werden könnte. Am 1. Osterfeiertage benutzten die Angeklagten und die Angestellte Ulrich die Bahn bis Wehlen, man wanderte gemeinsam bis Bad Schandau, besuchte unterwegs auch die Poststelle. Der Rückweg in Richtung Pirna erfolgte in den späten Abendstunden. Gegen 11 Uhr trafen die drei Personen am Kriegerdenkmal bei Posta ein. Nach getroffener Vereinbarung zog Drinfath plötzlich einen Dolchblatt hervor und verließ der Ulrich mehrere heftige Schläge über den Kopf, worauf das sonst sehr fröhlich gebaute Mädchen bewußtlos zusammengebrochen ist. Drinfath stieg sie dann in die nahe vorbeifließende Elbe, die damals auf weit über Nullpunkt angestiegen war. In den treibenden Blättern erlangte das betäubte Mädchen das Bewußtsein wieder. Drinfath bemerkte dies und sagte zu Kohmann: "Du, sie lebt noch!" Letzterer antwortete daraufhin: "Schick sie tot!" und reichte Drinfath alsbald seine Schußwaffe. Dieser kam nach der Aufforderung nach und gab auf das mit dem Tode kämpfende Mädchen einen Schuß ab. An der starken Tunika ging die Kugel fehl. Einem zweiten Schuß abzugeben gelangte er sich nicht, weil das Gewehr wieder im Elbe widerhielt. Anschließend war es der Ulrich gelungen, an der heißen Wölbung das dort wachsende Strandwerk zu erlassen. Dies bemerkten die beiden Angeklagten. Sie eilten zum Kriegerdenkmal, rissen eine Anzahl Steine von der Denkmalfassade herunter und rollten sie die Wölbung hinunter. Dabei wurde die Ulrich erneut getroffen und verletzt. In diesen Augenblicken kam der Richter Karl May am Elbe entlang, der zuvor schon den Schuß vernommen hatte. Drinfath und Kohmann ergingen alsbald die Flucht, sie entzogen auch vorläufig. Man vermutete das völlig erschöppte Mädchen den Fluten zu entreihen, es wurde zunächst in ein beschwachtes Haus gebracht und später nach dem Krankenhaus in Pirna übergeführt. Nach der Genesung kehrte die Ulrich nach ihrer Heimat in Ostpreußen zurück. Die beiden flüchtigen Verbrecher blieben zunächst einige Zeit verschwunden, erst im Juli fanden sie in Wien ermäßigt und verhaftet werden. Drinfath ist voll geständig. Kohmann als der ältere versuchte alles abzuleugnen und auf seinen jüngeren Genossen zu schließen.

Nach Verleistung des Entlastungsbeschlusses trug der Vorsteher des Anwaltsvereins Drinfath, ob er sich schuldig bekannte, worauf dieser laut mit „Ja“ antwortete. II. a. bemerkte er noch, die Ulrich sei gelegentlich einer gemeinsamen Verschwendung einverstanden gewesen, die Dienstherrenschaft zu bestehen. Nach Begehung des Freitahls hätte sie aber neue gezeigt und später erklärt, zur Dienststabskasse zu entziehen, es wurde zunächst in ein beschwachtes Haus gebracht und später nach dem Krankenhaus in Pirna übergeführt. Nach der Genesung kehrte die Ulrich nach ihrer Heimat in Ostpreußen zurück. Die beiden flüchtigen Verbrecher blieben zunächst einige Zeit verschwunden, erst im Juli fanden sie in Wien ermäßigt und verhaftet werden. Drinfath ist voll geständig. Kohmann als der ältere versuchte alles abzuleugnen und auf seinen jüngeren Genossen zu schließen.

Nach Verleistung des Entlastungsbeschlusses trug der Vorsteher des Anwaltsvereins Drinfath, ob er sich schuldig bekannte, worauf dieser laut mit „Ja“ antwortete. II. a. bemerkte er noch, die Ulrich sei gelegentlich einer gemeinsamen Verschwendung einverstanden gewesen, die Dienstherrenschaft zu bestehen. Nach Begehung des Freitahls hätte sie aber neue gezeigt und später erklärt, zur Dienststabskasse zu entziehen, es wurde zunächst in ein beschwachtes Haus gebracht und später nach dem Krankenhaus in Pirna übergeführt. Nach der Genesung kehrte die Ulrich nach ihrer Heimat in Ostpreußen zurück. Die beiden flüchtigen Verbrecher blieben zunächst einige Zeit verschwunden, erst im Juli fanden sie in Wien ermäßigt und verhaftet werden. Drinfath ist voll geständig. Kohmann als der ältere versuchte alles abzuleugnen und auf seinen jüngeren Genossen zu schließen.

(Die Verhandlung dauert an.)

An weiteren Verhandlungen sind noch anberaumt worden: Mittwoch, den 28. Januar, vormittags 10 Uhr gegen den Kaufmann Oskar Ludwig Voos aus Weimar bei Bodenbach wegen Augenmeide und Urkundenfälschung. Donnerstag, den 29. Januar, gegen den Dachdeckermeister Gustav Adolf Hähnel aus Coswig, der sich wegen Augenmeide

und Verleistung zum Weineß zu verantworten hat. Am Freitag steht der Molteregiebille Fritz Mischel aus Blasdruff wegen vollendet und verlorenen Totschlags vor dem Schwurgericht. Hier dreht es sich um die Erschießung des Schlossermeisters Eichner in der Nikolaischule.

Witterungsübersicht der Landeswetterwarte vom 27. Januar 8 Uhr morgens

Stationen	Temperatur in °C 10 Uhr 12 Uhr	Wind richtung und Stärke 10 Uhr	Wetter- zustand 10 Uhr	Witterungs- verlauf			Ende 12 Uhr	Höchste Temperatur durchg. 10 Uhr	Schneefall 10 Uhr	Schneefall 12 Uhr
				Ende 10 Uhr	12 Uhr	10 Uhr				
Berlin	-2,0	2 Schneefall	Schneefall	-4	+2	+	7	-	-	-
Bonn	-1,0	bedeckt	bedeckt	-3	+2	+	7	-	-	-
Braunschweig	0,0	bedeckt	bedeckt	-3	+2	+	7	-	-	-
Bremen	+1,0	bedeckt	bedeckt	-3	+2	+	7	-	-	-
Buchen	-2,0	bedeckt	bedeckt	-3	+2	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	0,0	bedeckt	bedeckt	0	+5	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Braunschweig	-2,0	bedeckt	bedeckt	-2	+3	+	7	-	-	-
Bremen	-1,0	bedeckt	bede							

